

Kapitel 4

Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf

Martin Dolezal, Martin Haselmayer und Marcelo Jenny

Einleitung

Nur sehr wenige Wählerinnen und Wähler haben im Verlauf eines Nationalratswahlkampfes Gelegenheit zu einem Gespräch mit den Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Parteien. Solche persönlichen Kontakte gibt es wohl überwiegend nur mit den zahlreichen lokalen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich um eines der 183 Mandate bewerben. Viele Kandidierende tragen zum Wahlkampf ihrer Partei vor Ort mehr oder weniger intensiv bei. Sie beeinflussen damit auch den Ausgang der Nationalratswahl. Dieses Kapitel skizziert zunächst die Nominierungsprozesse der Parteien: Wie wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahl 2013 ausgewählt? Dann beschreibt es die Kandidierenden und fragt, welche Rolle sie im Wahlkampf spielten und wie präsent sie in den Medien waren.¹

Der Auswahlprozess

Bei der Auswahl der Kandidierenden müssen die Parteien zwischen deren Attraktivität für die Wählerinnen und Wähler und deren fachlicher Expertise abwägen (Fischer 1974; Stirnemann 1988; Müller 1992; Nick 1992; 1995; Wolf 2007). Im Wahlkampf ist es wichtig, dass die Kandidatinnen und Kandidaten die Wählerschaft ansprechen. Nach der Wahl aber sind die sachpolitische Expertise und das Verhandlungsgeschick der gewählten Abgeordneten gefragt, um die Ziele der Partei in der parlamentarischen Arbeit voranzutreiben (Müller et al. 2001). Während der Kampagne stellt ferner die »Selbstständigkeit« von Kandidierenden eine Herausforderung dar: Nominierte sollen sich im Wahlkampf möglichst uneingeschränkt zu den Standpunkten der Partei bekennen und diese nicht – jedenfalls nicht öffentlich – infrage stellen (Müller 1992).

1 Im Rahmen von AUTNES fand eine schriftliche Nachwahl-Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten, die ihre Wahlkampfaktivitäten breiter erfasst, statt. Ergebnisse dieser Befragung standen für dieses Buch leider noch nicht zur Verfügung.

Attraktivität, Expertise und Disziplin zählen somit zu den wichtigsten individuellen Eigenschaften einer bzw. eines Kandidierenden, die oft in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander stehen. Deshalb versuchen die Parteien die Auswahl und Reihung der Kandidatinnen und Kandidaten so reibungslos wie möglich ablaufen zu lassen. Bei der Nationalratswahl 2013 verfehlten das Team Stronach und das BZÖ dieses Ziel klar.

Die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für 39 Regionalwahlkreise, neun Landeswahlkreise und einen bundesweiten Wahlkreis treffen formell Gremien, deren Größe und Zusammensetzung laut Parteistatuten zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien nach der Ebene des Wahlsystems variieren. Aber auch informelle Mechanismen spielen eine große Rolle: Bedeutsam ist etwa der Einfluss der Bünde in der ÖVP oder des Gewerkschaftsflügels in der SPÖ (Fischer 1974; Stirnemann 1988; Nick 1995; Neyer 2006).

Die Entscheidungsverfahren in den Parteien reichen von fixierten Listenreihungen bis hin zu Abstimmungen über einzelne Positionen auf einer Liste. Dabei gelten z.B. bei Grünen, SPÖ und ÖVP unterschiedlich hohe und strenge Frauenquoten. Die meisten Parteien setzen für die Kandidatur eine Parteimitgliedschaft voraus und weichen nur in Ausnahmefällen davon ab. In der Vergangenheit waren die Grünen die offenste Partei, da sie auch Nicht-Mitgliedern eine Kandidatur oder die Mitwirkung bei der Auswahl der Kandidierenden ermöglichten. Bei der Nationalratswahl 2013 wurden die Grünen bei der Offenheit des Verfahrens jedoch von NEOS übertroffen.

Im März 2013 vereinbarte NEOS eine gemeinsame Wahlplattform mit dem Liberalen Forum. Diesem wurden fünf Plätze unter den ersten 20, inklusive des zweiten Listenplatzes, auf dem NEOS-Bundeswahlvorschlag eingeräumt.² Für die Vergabe der anderen Plätze präsentierten sich die NEOS-Kandidatinnen und -Kandidaten im April der Öffentlichkeit in Online-Hearings. Bürgerinnen und Bürger konnten sie nach einer Registrierung und Zahlung von zehn Euro mit Punkten bewerten und damit einen »Bürger_innenvorschlag« erstellen. Der Parteivorstand und die Parteimitglieder ermittelten auf gleiche Weise einen »Vorstandsvorschlag« und einen »Mitgliedervorschlag«. Die Punkte aus den drei Verfahren wurden zusammengezählt und entschieden über die Reihung der Kandidatinnen und Kandidaten auf der Bundesliste. Die Landes- und Regionalwahlkreislisten wurden wegen des niedrigen Organisationsgrades der Partei in einem einfacheren Verfahren vom Parteivorstand gemeinsam mit »Landeskoordinator_innen« zusammengestellt. Die Funktionärinnen und Funktionäre orientierten sich dabei an den Ergebnissen der Vorwahlen für die Bundesliste (NEOS 2013).

Bei den anderen Parteien waren die Nominierungsverfahren für die vier Landtagswahlen im Frühjahr 2013 (vgl. Kapitel 1) schon mit jenem für die Nationalratswahl

2 *news.orf.at*, »Strolz nun offiziell Neos-Spitzenkandidat« (<http://orf.at/stories/2179762/>, zuletzt abgerufen am 11.7.2013).

verbunden. Die Grünen hatten die Auswahl der Kandidierenden bereits auf einem Bundeskongress im Dezember 2012 abgeschlossen. Der Wettbewerb um die sicheren Listenplätze war intensiv. Einige unterlegene Kandidierende, etwa der langjährige Abgeordnete Karl Öllinger, kündigten daraufhin Vorzugsstimmekampagnen an.

Bei der SPÖ begann dieser Prozess mit ersten Bezirkskonferenzen im Frühjahr 2012. Beendet wurde er allerdings erst gemeinsam mit dem Beschluss des Wahlprogramms Anfang August 2013, also zu Beginn des Intensivwahlkampfs. Die Gemeindestrukturreform in der Steiermark war dabei eine besondere Herausforderung, zumal lokale Parteiorganisationen die Fusionen vehement abgelehnt hatten (vgl. Kapitel 1). Die ÖVP schließlich verabschiedete ihren Bundeswahlvorschlag etwas früher als die SPÖ, im Juni 2013.

Die Parlamentsfraktion des BZÖ litt während der Legislaturperiode 2008–2013 an einem wiederholten personellen Aderlass – zunächst durch die Abspaltung einer Gruppe von Abgeordneten im Dezember 2009, die dann als »Freiheitliche Partei in Kärnten« (FPK) agierte, und dann nochmals durch den Austritt von fünf Abgeordneten, die im Herbst 2012 den Team-Stronach-Parlamentsklub gründeten. Vor dem Hintergrund schlechter Landtagsergebnisse und Umfragen, die keinen Wiederzugang in den Nationalrat verhießen, wechselten auch BZÖ-Funktionäre auf anderen Organisationsebenen zum Team Stronach (vgl. Kapitel 1).

Die FPÖ war im Rahmen ihres Auswahlprozesses um Distanz zu den von Skandalen belasteten Politikern von BZÖ und FPK bemüht, andererseits integrierte sie die von den Kärntner Skandalen belastete FPK vor der Nationalratswahl in ihre Parteiorganisation (vgl. Kapitel 1).

Besonders undurchsichtig wählte das Team Stronach seine Kandidierenden aus – Präferenzen des Parteigründers gaben dabei oft den Ausschlag. Als einzige Partei nominierte Team Stronach prominente Quereinsteiger und -einsteigerinnen. Der Bundeswahlvorschlag wurde unmittelbar vor Fristende eingereicht und zu einem Wahlkampfereignis stilisiert. Wie schon erwähnt, wurde ein anfänglicher »Personalcoup« – die Nominierung der früheren ORF-Generaldirektorin Monika Lindner – jedoch binnen weniger Tage zum PR-Desaster (vgl. Kapitel 3).

Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahl 2013

Laut Nationalratswahlordnung konnte jede Partei bis zu 488 Personen für die 39 Regionalwahlkreislisten, 366 für die neun Landeswahlvorschläge und 1.098 für den Bundeswahlvorschlag nominieren. Dies ergab ein Maximum von 1.952 Kandidaturen je Partei. Trotz des geänderten Vorzugsstimmensystems blieb das zentrale Kriterium für

die Erringung eines Mandats auch 2013 die Position auf der Liste. Nur rund 250 Kandidatinnen und Kandidaten hatten deshalb eine realistische Mandatschance. Diese ließ sich durch eine »vertikale« Doppel- oder Dreifachkandidatur – in einem Regionalwahlkreis, einem Landeswahlkreis und auf dem Bundeswahlvorschlag – erhöhen.

Neun der 14 Parteien, die an dieser Wahl teilnahmen, kandidierten in allen Wahlkreisen. Fünf traten nur in einzelnen Bundesländern und deren Regionalwahlkreisen an, da sie nicht die notwendige Anzahl an Unterstützungserklärungen erreicht hatten. Insgesamt bewarben sich 3.946 Personen um die 183 Mandate (Tabelle 4.1). Damit wurde die Mandatszahl um das 22-Fache übertroffen, eine im internationalen Vergleich sehr hohe Relation (Norris/Lovenduski 1995). Im Durchschnitt trat jede Kandidatin bzw. jeder Kandidat auf zwei Ebenen des Wahlsystems an.

Mehr als zwei Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten hatten bei der letzten Nationalratswahl 2008 noch nicht kandidiert. Sehr hoch war der Anteil an neuen Kandidierenden erwartungsgemäß bei neu gegründeten Parteien wie den Piraten (100 %), NEOS (92,6 %) und Team Stronach (91,9 %). Den niedrigsten Anteil an Neulingen unter den bereits im Parlament vertretenen Parteien verzeichnete die FPÖ (53,4 %).

Tabelle 4.1 zeigt auch die Verteilung der Kandidaturen auf die drei Ebenen des Wahlsystems. Die Grünen schöpften die für eine Partei möglichen Kandidaturen weit stärker aus als die anderen Parteien (89 % des Maximums). Sie stellten deswegen beinahe ein Viertel aller Kandidaturen (22,9 %). Die SPÖ (16,6 %), die FPÖ (16,1 %) und die ÖVP (15,7 %) folgten mit nahezu gleichen Anteilen. Das BZÖ und das Team Stronach sowie die nicht im Parlament vertretenen Parteien lagen in der Zahl der Kandidierenden deutlich zurück. Selbst die Traditionspartei KPÖ führte mehr Personen auf ihren Listen als das Team Stronach. Auch der Vergleich von NEOS und Piraten zeigte die unterschiedliche Organisationskraft der Parteien: NEOS nominierten beinahe dreimal so viele Kandidierende wie die Piraten. Die Organisationsstärken der Parteien waren auch für die Wählerschaft gut erkennbar, da in einem Regionalwahlkreis alle Kandidatinnen und Kandidaten auf dem amtlichen Stimmzettel aufscheinen (vgl. Abbildung 38).

Die meisten Kandidierenden waren mittleren Alters. Die jüngste und insbesondere die älteste Altersgruppe waren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich unterrepräsentiert. Auch der Frauenanteil lag mit etwas mehr als einem Drittel deutlich unter dem Anteil in der Bevölkerung – wobei linke und »alte« Parteien mehr Frauen aufwiesen als rechte und neue. Historisch gesehen nahm der Anteil der Kandidatinnen jedoch leicht zu: Bei der Nationalratswahl 1994 hatte er erst 30,9 Prozent betragen, 2008 schon 34,5 und 2013 waren es schließlich 36,2 Prozent. Der Anteil der Kandidierenden mit einem akademischen Abschluss lag mit 29,8 Prozent erneut deutlich über jenem der Gesamtbevölkerung (8,7 %).

Tabelle 4.1: Kandidatinnen und Kandidaten bei der Nationalratswahl 2013

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS	KPÖ	Piraten	CPÖ	SLP	Wandel	M	EUAUS	Gesamt	
Kandidatinnen und Kandidaten	657	635	636	331	904	223	149	277	55	34	26	8	6	5	3946	
Anteile in Prozent:																
2008 nicht kandidiert	61,2	76,9	53,4	68,9	70,7	91,9	92,6	49,5	100	76,5	46,2	100	100	100	68,5	Bevölkerung
Frauen	47,6	37,5	20,4	30,2	45,0	23,3	23,5	41,2	16,4	26,5	50	50	16,7	40,0	36,2	51,8
Akadm. Abschluss	32,9	30,1	21,2	12,1	42,2	29,2	49,7	14,8	21,8	32,4	0,0	87,5	0,0	20,0	29,8	8,7
Altersgruppen																
18-29 Jahre	11,9	16,7	12,3	9,7	9,3	7,6	29,5	8,7	29,1	2,9	46,2	12,5	0,0	20,0	12,5	18,6
30-49 Jahre	49,0	47,2	42,6	42,9	43,3	45,3	49,0	34,3	41,8	32,4	46,2	75,0	66,7	40,0	44,4	35,6
50-64 Jahre	37,9	29,8	34,9	33,8	41,0	39,0	13,4	42,2	25,5	29,4	7,7	12,5	33,3	40,0	35,4	23,9
65 oder älter	1,2	6,3	10,2	13,6	6,4	8,1	8,1	14,8	3,6	35,3	0,0	0,0	0,0	0,0	7,6	22,0
Median	46	45	48	48	49	49	40	52	37	58	32	33	46	47	47	47
Kandidaturen																
Kandidaturen	1290	1240	1146	806	1736	451	337	638	108	67	51	24	18	9	7921	
RWK	475	481	481	313	476	201	146	258	49	24	25	8	6	5	2948	
LWK	365	363	365	313	366	183	132	220	41	24	26	8	6	4	2416	
Bund	450	396	300	180	894	67	59	160	18	19	-	8	6	-	2557	
in Prozent der maximalen Anzahl an Kandidaturen	66	64	59	41	89	23	17	33	6	3	3	1	1	0	29	

Quellen: Kandidatinnen und Kandidaten: eigene Berechnungen auf Basis der vom Bundesministerium für Inneres veröffentlichten Wahlvorschläge – Bevölkerung: eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Statistik Austria (www.statistik.at).

Der Anteil der Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund wurde 2013 auf 8,6 Prozent geschätzt.³ Im letzten Nationalrat gab es mit Alev Korun (Grüne) nur eine einzige Mandatarin mit Migrationshintergrund. Bei der Nationalratswahl 2013 nominierten SPÖ, ÖVP und Grüne insgesamt vier Kandidatinnen und Kandidaten mit erkennbarem Migrationshintergrund auf sicheren oder aussichtsreichen Listenplätzen. Weitere kandidierten – wenn auch aussichtslos gereiht. Der Anteil von Kandidierenden mit Migrationshintergrund ist aber insgesamt schwer abschätzbar. In früheren Befragungen der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Nationalratswahlen 2006 und 2008 lag der Prozentsatz derjenigen, die nicht in Österreich geboren waren, bei etwas mehr als drei Prozent.⁴ Dieses Kriterium trifft für die Immigrantinnen und Immigranten der »ersten Generation« zu – aber auch bei zufällig im Ausland geborenen Kandidatinnen und Kandidaten mit einheimischen Eltern. Die in Österreich geborenen oder eingebürgerten Angehörigen der »zweiten Generation« werden damit nicht erfasst, weshalb der Anteil der Kandidierenden mit Migrationshintergrund wahrscheinlich unterschätzt wird (vgl. Kapitel 11).

Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf

Von Kandidatinnen und Kandidaten wird erwartet, dass sie den Wahlkampf ihrer jeweiligen Partei unterstützen. Darüber hinaus können sie aber auch individuelle Kampagnen führen und um Vorzugsstimmen für sich selbst werben. Abgesehen von prominenten Quereinsteigerinnen und -einsteigern sind die Chancen auf einen sicheren oder aussichtsreichen Listenplatz oder eine erfolgsversprechende Vorzugsstimmenkampagne unter den Kandidatinnen und Kandidaten aber sehr ungleich verteilt. Wichtig ist z.B. die bisherige politische Erfahrung. Diese variierte 2013 deutlich. Einige Kandidatinnen und Kandidaten hatten öffentliche politische Ämter inne, die meisten dagegen nicht. In den folgenden Analysen unterscheiden wir daher drei Gruppen: die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten (vgl. Kapitel 3); eine mittlere Gruppe, die aktuelle und ehemalige Mitglieder der Bundesregierung, einer Landesregierung oder des Nationalrats umfasst und die wir in weiterer Folge »Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber« nennen; sowie eine Gruppe der »anderen« Kandidatinnen und Kandidaten. In der letztgenannten Kategorie befinden sich viele Kandidierende, die auf der lokalen

3 *Die Presse*, »Zielgruppe Migranten: »Nächstenliebe klingt wie Hohn« (http://diepresse.com/home/politik/nrwahl2013/1457392/Zielgruppe-Migranten_Naechstenliebe-klngt-wie-Hohn, zuletzt abgerufen am 23.1.2014).

4 Diese Befragungen wurden vom Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien durchgeführt.

politischen Ebene oder in Landtagen tätig sind, aber auch sehr viele, die bisher kein politisches Amt ausgeübt haben.

Aufgrund der niedrigeren Schwellenwerte für Vorzugsstimmenmandate fanden die Kandidierenden 2013 etwas attraktivere Rahmenbedingungen für individuelle Kampagnen vor als bei früheren Wahlen (vgl. Kapitel 1). Wie viele individuelle Kampagnen es gab, schätzten wir anhand aller einschlägigen Medienberichte in den Monaten August und September.⁵ Insgesamt konnten 87 Personen, die einen Vorzugsstimmenwahlkampf führten, identifiziert werden – 2,2 Prozent aller Kandidatinnen und Kandidaten. Vier dieser Kampagnen wurden von Spitzenkandidaten (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Team Stronach) geführt, 28 von »Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern« und 55 von »anderen« Kandidierenden.

Knapp mehr als die Hälfte der 87 für sich selbst werbenden Kandidierenden gehörte der ÖVP an. Sie tritt traditionell für eine Ausweitung der Persönlichkeitswahl ein (Müller 1984; 1989). Zusätzlich sorgt die bündische Struktur der Partei für mehr innerparteiliche Konkurrenz um Mandate. Die Niederösterreichische Volkspartei hatte zudem beschlossen, ihre in den Regionalwahlkreisen des Landes erzielten Mandate ausschließlich nach der Anzahl der Vorzugsstimmen zu vergeben.⁶ Bei der SPÖ, die der Persönlichkeitswahl traditionell skeptisch gegenübersteht, fanden wir 23 individuelle Kampagnen – darunter auch eine gegen die offizielle Parteilinie gerichtete der »Sektion 8«, einer exponiert linken innerparteilichen Gruppierung. Sie warb um Vorzugsstimmen für Kandidierende, die für eine Abschaffung des Bankgeheimnisses eintraten. Fünf Vorzugsstimmenkampagnen – d.h. immerhin jede elfte in der Gruppe der 55 »anderen Kandidierenden« – wurden von Personen mit Migrationshintergrund geführt.⁷

Der Kreis der Kandidierenden, die im Wahlkampf in erster Linie ihre Partei repräsentierten und nicht vornehmlich für sich selbst warben, war jedoch deutlich größer. Dazu analysierten wir die Präsenz der Kandidierenden in den Parteianzeigen (AUTNES Inserate 2013; Müller et al. 2014a) und in den Titeln der Presseaussendungen der Parteien (AUTNES OTS 2013; Müller et al. 2014b).⁸ Grafik 4.1 zeigt, wie viel

5 Diese Recherche basiert auf APA DeFacto-Campus für den Zeitraum vom 1. August bis zum 29. September 2013 und umfasst 141 Print- und elektronische Medien. Gesucht wurden Beiträge, die das Wort bzw. den Wortstamm »Vorzugsstimme« (auch »Vorzugstimme«) oder »Personenkomitee« oder »Persönlichkeitswahl« enthielten. Die ermittelten 725 Beiträge wurden daraufhin auf Personen, die um Vorzugsstimmen warben, untersucht. Parteizeitungen, Leserbriefe und Werbeeinschaltungen, d.h. bezahlte Artikel, wurden nicht berücksichtigt.

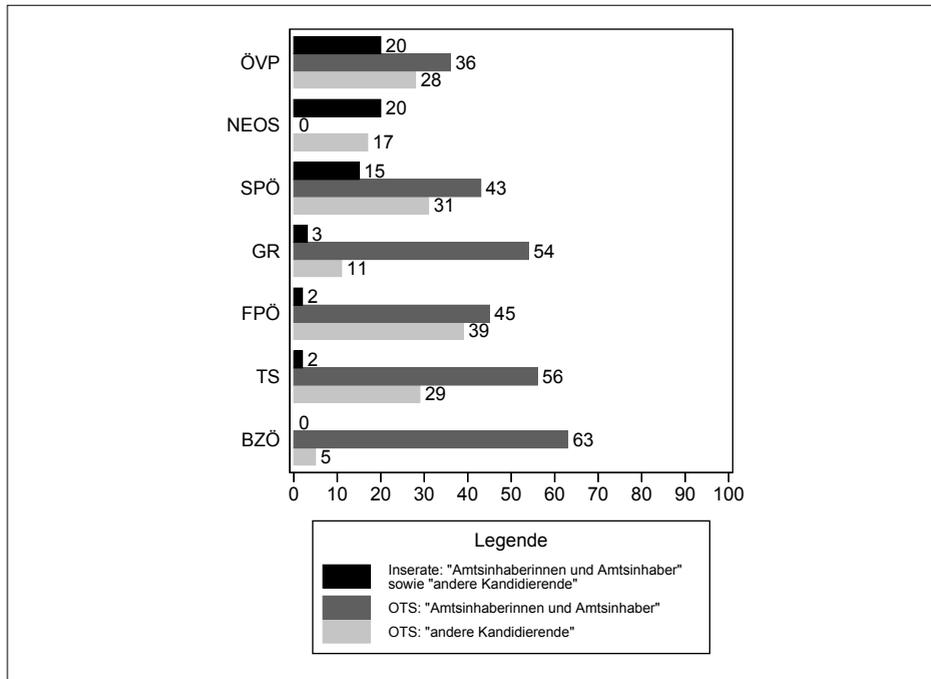
6 Martin Gebhart, »Wahl: Kein Bonus für ÖVP-Nationalräte«, *Niederösterreichische Nachrichten*, 7.5.2013, S. 7.

7 Diese Zuordnung erfolgte auf Basis des Namens.

8 In den TV-Spots von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Team Stronach und NEOS wurden nur die Spitzenkandidaten gezeigt. Grüne und BZÖ verzichteten 2013 auf diesen Werbeträger.

Prozent der Kandidierenden aus den Gruppen der »Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber« sowie der »anderen Kandidierenden« erwähnt wurden.

Grafik 4.1: Präsenz der Kandidatinnen und Kandidaten in den Inseraten und Presseaussendungen (Angaben in Prozent)



Anmerkungen: Die Prozentwerte beziehen sich auf die Anzeigen bzw. Presseaussendungen der Parteien, in denen die angeführten Gruppen von Kandidierenden präsent waren. Bei den Presseaussendungen können die beiden Gruppen von Kandidierenden aufgrund der höheren Fallzahl getrennt ausgewiesen werden. Inserate im Stil redaktioneller Artikel (»Promotions«) wurden für diese Grafik berücksichtigt. Zusätzlich wurden Anzeigen der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) der SPÖ zugeordnet. Die Daten beziehen sich auf einen sechswöchigen Untersuchungszeitraum vom 19.8. bis zum 29.9.2013.

Quellen: AUTNES Inhaltsanalyse der Printwerbung (Inserate) bei der österreichischen Nationalratswahl 2013 und AUTNES Inhaltsanalyse der Presseaussendungen (OTS) von Parteien bei der österreichischen Nationalratswahl 2013.

Die meisten Anzeigen mit Kandidatinnen oder Kandidaten stammten mit je 20 Prozent von ÖVP und NEOS, gefolgt von der SPÖ (15 %). Die ÖVP warb auf mehreren Inseraten mit Regierungsmitgliedern – in der Steiermark aber auch mit lokalen Kandidierenden. Die SPÖ lancierte in der *Kronen Zeitung* und *Heute* eine Serie von

Anzeigen im Stil redaktioneller Artikel, in denen sie Kandidatinnen und Kandidaten für Wien vorstellte.⁹ Beim BZÖ wurde ausschließlich Spitzenkandidat Josef Bucher beworben (vgl. Kapitel 3). Nur wenige Kandidierende waren in der Wahlwerbung von Team Stronach, FPÖ und Grünen zu sehen.

Deutlich höher waren die Anteile der Presseaussendungen mit »Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern« und »anderen Kandidierenden«. Dieser Kommunikationskanal erwies sich daher als relativ niederschwellig, denn im Durchschnitt der sieben angeführten Parteien waren die »anderen Kandidierenden« immerhin in rund einem Viertel der Presseaussendungen präsent. Deutlich unterdurchschnittlich fiel ihre Präsenz allerdings beim BZÖ (5 %) und den Grünen (11 %) aus.

Eine weitere Möglichkeit für Kandidierende, sich im Wahlkampf 2013 an die Öffentlichkeit zu wenden, bot das *Online Campaigning*. Internetbasierte Kommunikationsformen eröffnen auch finanzschwachen Kandidierenden einen direkten Zugang zu Wählerinnen und Wählern, vor allem aus den jüngeren und mittleren Altersgruppen. Und gerade die neuen sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter besitzen das Potenzial für eine verstärkte Interaktion mit der Wählerschaft (Jung Herr/Schoen 2013).

Tabelle 4.2: *Online Campaigning* der Kandidatinnen und Kandidaten (Prozentwerte)

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS	Piraten	Sonstige	Gesamt
Webseiten ¹	10,7	9,9	7,0	0,0	6,0	0,0	5,6	20,0	1,1	6,6
Facebook ²	57,1	52,5	50,6	44,2	48,8	61,4	69,4	66,7	28,3	50,4
Twitter	17,9	18,5	8,9	15,6	17,7	13,6	33,3	40,0	7,6	16,1
n	168	162	158	77	248	44	36	15	92	1.000

Anmerkung: Die Daten beruhen auf einer Zufallsstichprobe von 1.000 Kandidierenden.

1 Nur persönliche Webseiten mit eigener URL.

2 Facebookprofile oder -seiten (mit aktiver Beteiligung der Kandidierenden).

Das vorherige Kapitel zeigte, dass die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten 2013 eine Art Wettbewerb um die größte Internetpräsenz führten. Welche Bedeutung hatte *Online Campaigning* für die übrigen Kandidatinnen und Kandidaten? Um diese Frage zu beantworten, wurde für 1.000 repräsentativ ausgewählte Kandidie-

⁹ Zusätzlich gab es noch Inserate der FSG, in denen Kandidierende erwähnt wurden – wenngleich nicht in dieser Rolle.

rende ihre Präsenz auf persönlichen Web-Seiten, Facebook und Twitter erhoben (Tabelle 4.2).¹⁰

Nur rund sieben Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten hatten während des Wahlkampfes eine eigene Webseite für ihre politische Tätigkeit. Immerhin 16 Prozent verfügten über einen Twitter-Account; sogar 50 Prozent besaßen einen eigenen Facebook-Auftritt. Facebook ist somit – wie in der Wählerschaft (vgl. Kapitel 1) – die mit großem Abstand wichtigste Kommunikationsplattform im Internet. Die Unterschiede zwischen den Parteien waren beträchtlich. Der Anteil der online aktiven Kandidierenden war erwartungsgemäß bei den Piraten besonders groß, ebenso bei NEOS. Letztere betrieben allerdings nur wenige persönliche Web-Seiten. Die Nutzungsraten der traditionellen Parteien unterschieden sich kaum. Auffällig war nur die geringe Bedeutung von Twitter bei der FPÖ. Schließlich zeigte sich eine Generationenkluft: Kandidierende, die Facebook und Twitter nutzten, waren im Durchschnitt sieben Jahre jünger als Kandidierende ohne eigene Social-Media-Angebote.

Die Medienpräsenz der Kandidatinnen und Kandidaten

Die Sichtbarkeit von Kandidierenden in der Medienberichterstattung orientiert sich in der Regel an der Bedeutung ihres politischen Amtes und ihrer Prominenz. Daneben können aber auch Charisma und Professionalität im Umgang mit Journalistinnen und Journalisten die mediale Sichtbarkeit von Kandidierenden beeinflussen. Als Ergebnis solcher Faktoren wurde in internationalen Studien eine überdurchschnittlich hohe Präsenz von Regierungsmitgliedern (Gans 1979; Bennett 1990) sowie von Spitzenkandidatinnen und -kandidaten (Schönbach et al. 2001) festgestellt. Aber auch innerparteiliche Konflikte, etwa Auseinandersetzungen im Nominierungsprozess der Kandidierenden oder Kritik an der eigenen Parteiführung erhöhen den »Nachrichtenwert« einzelner Kandidatinnen und Kandidaten – ebenso wie die Verwicklung in Skandale.

Eine Analyse von Tageszeitungen (*Kronen Zeitung, Heute, Der Standard, Die Presse*) und der beiden wichtigsten TV-Nachrichtenprogramme des ORF (*ZiB 1, ZiB 2*)

¹⁰ Für die manuell durchgeführte Suche nach der Onlinepräsenz der Kandidierenden wurden sowohl die offiziellen Namen auf den Wahllisten als auch naheliegende Namensvarianten und bekannte Spitznamen verwendet. Die Web-Seiten wurden mit Google gesucht, die Facebook- bzw. Twitter-Auftritte mit den Suchmöglichkeiten der jeweiligen Plattform. Bei den Web-Seiten wurde ein Minimum an »politischem« Inhalt, etwa die Erwähnung eines Amtes oder der Kandidatur, als Selektionskriterium definiert. Um Verwechslungen zu vermeiden, erfolgte die Identifikation bei Facebook und vor allem Twitter nicht nur über den Namen der Kandidierenden, sondern auch über biografische Daten und die Inhalte von Postings bzw. Tweets.

erfasste die mediale Präsenz der 3.946 Kandidatinnen und Kandidaten (AUTNES MedienManuell 2013; Schönbach et al. 2014b). Für die nachfolgende Untersuchung wurde die Hälfte aller Beiträge über den Nationalratswahlkampf, Parteien oder Kandidierende zufällig ausgewählt. Insgesamt wurden auf diesem Weg 1.902 Beiträge analysiert. In diesen wurden 7,8 Prozent der Kandidierenden (307) mindestens einmal namentlich erwähnt. Tabelle 4.3 zeigt die Medienpräsenz der drei Gruppen von Kandidatinnen und Kandidaten.

Tabelle 4.3: Medienpräsenz von Kandidatinnen und Kandidaten (Prozentwerte)

	Spitzenkandidatinnen und -kandidaten	»Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber«	»Andere Kandidierende«	Gesamt
Namentlich genannt	64,3	55,3	4,9	7,8
Nicht genannt	35,7	44,7	95,1	92,2
n	14	206	3.726	3.946

Quelle: AUTNES Manuelle Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung zur Nationalratswahl 2013.

Auch im Wahlkampf 2013 bestätigte sich: Je höher die Position von Kandidierenden in der Hierarchie ihrer Parteien ist, desto häufiger wurde über sie berichtet. Zusätzlich hing die Präsenz der Kandidierenden stark vom politischen Gewicht ihrer Partei ab: Trotz ihrer Zugehörigkeit zur ranghöchsten Gruppe tauchten die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten von CPÖ, EU-Austrittspartei, Männerpartei, Wandel und Sozialistischer Linkspartei in der Printberichterstattung der Tageszeitungen und in Fernsachrichten nicht auf. Nur in Onlinebeiträgen dieser Medien wurde über sie informiert.¹¹

Zusammenfassung

Auch wenn sich die mediale Aufmerksamkeit während eines Wahlkampfes in erster Linie auf die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten richtet, sind es vor allem die vielen weniger prominenten Kandidatinnen und Kandidaten, die ihre Parteien vor Ort repräsentieren und in direkten Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern treten. Außerdem demonstrierten die Parteien schon durch die Nominierung einer sehr großen

¹¹ *Der Standard*, »Wahlen 2013: Fliegenrunde« (<http://dastandard.at/r1371170816139/Fliegenrunde>, zuletzt abgerufen am 23.1.2014).

Zahl von Kandidatinnen und Kandidaten ihre Organisationsstärke, regionale Verankerung und Vernetzung mit gesellschaftlichen Gruppen.

Die Kandidierenden bei der Nationalratswahl 2013 waren überdurchschnittlich gebildet. Zwei Drittel von ihnen waren Männer. Die meisten waren neu – nur ein Drittel hatte bereits 2008 kandidiert. Verglichen mit früheren Wahlen gab es mehr Kandidierende mit Migrationshintergrund auf sicheren oder aussichtsreichen Listenplätzen. Nur ein kleiner Anteil aller Kandidierenden fiel medial durch die Erwähnung ihrer Vorzugsstimmenwahlkämpfe auf.

Während in den Inseraten der Parteien vor allem die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten vorkamen, waren die Presseaussendungen ein niederschwelliges Instrument, das relativ vielen Kandidierenden offenstand. Auch *Online Campaigning* bot eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung: Vor allem Facebook wurde 2013 in einem relevanten Ausmaß genutzt. In der Berichterstattung der traditionellen Medien kamen aber vor allem die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien sowie die Kandidierenden mit Erfahrung in höheren politischen Ämtern vor. Ein großer Teil der künftigen Abgeordneten blieb in den Kampagnen der Parteien und in der medialen Berichterstattung somit weitgehend anonym. Dies sollte jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass Wahlkämpfe auf einer umfassenden Mobilmachung der Parteien fußen. Fast 4.000 Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahlvorschlägen und Stimmzetteln bei der Nationalratswahl 2013 wiesen mehr als deutlich darauf hin.